

Einkommensungleichheit und Gewalt



Weniger sozialer Zusammenhalt, weniger Vertrauen und mehr Kriminalität in ungleicheren Gesellschaften

Eine sehr ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist nicht nur für die wirtschaftliche Entwicklung problematisch. Sie zerstört auch die Grundlagen für den Zusammenhalt in der Gesellschaft und fördert sozial unangemessenes und kriminelles Verhalten.

Sozialer Zusammenhalt und Vertrauen

Materiell hoch entwickelte Industrieländer unterscheiden sich erheblich in der Ausprägung des sozialen Zusammenhalts: ist dieser hoch, steigt die Lebenserwartung und gesundheitliche und soziale Probleme nehmen ab. Dies haben die englisch-amerikanischen Sozialwissenschaftler Richard Wilkinson und Kate Pickett in zahlreichen Untersuchungen nachgewiesen.

Der Zusammenhang zwischen Einkommen und sozialem Zusammenhalt lässt sich am Beispiel der Steigerung der Lebenserwartung in England und Wales während der beiden Weltkriege belegen. Im Jahrzehnt 1911–21 stieg sie bei Männern um 6,6, bei Frauen um 6,5 Jahre. In den beiden folgenden Jahrzehnten bis 1940 lag die Zunahme dagegen nur bei 1,2 – 2,4 Jahren, um dann zwischen 1940 und 1951 erneut um 6,5 (Männer) bzw. 7,0 (Frauen) Jahre anzusteigen.

Während der beiden Weltkriege stieg der Lebensstandard nicht weiter an – im Gegenteil –, weil die Produktion von Konsumgütern auf Kriegsgüter umgestellt wurde. Trotzdem stieg die Lebenserwartung, weil es in den Kriegen eine drastische Verringerung der Einkommensunterschiede und eine Rückkehr zur Vollbeschäftigung gab. Absolute Armut wurde dadurch praktisch beseitigt.

Ein weiteres Beispiel für die Bedeutung des sozialen Zusammenhalts ist die Entwicklung in den kommunistischen Ländern Osteuropas nach dem 2. Weltkrieg. Dort stieg die Lebenserwartung bis Anfang der 70er-Jahre kontinuierlich an (in der DDR sogar stärker als in der BRD). Nach der autoritären Erstarrung der Regime – verbunden mit einem Verlust an Partizipationsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger – ging der soziale Zusammenhalt verloren. Die Menschen zogen sich stattdessen ins Private zurück und bewältigten ihren Alltag mit Hilfe von familiären oder sonstigen privaten Beziehungen.

Eine Parallele hierzu gibt es im südlichen Italien: In einigen Kommunen und Regionen ist die demokratische

Partizipation erheblich eingeschränkt, weil maföse Strukturen herrschen, die ebenso zu einem Rückzug ins Privat-Familiäre geführt haben. Die Folge ist ein „amoralischer Familismus“ (Banfield). Damit ist gemeint, dass nur die eigenen Interessen und diejenigen des familiären Netzwerks zählen und auf Gesetze und moralische Regeln bei der Durchsetzung dieser Interessen keinerlei Rücksicht genommen werden muss.

Mit steigender Einkommensungleichheit schwindet auch das gegenseitige Vertrauen. In den USA lag die Vertrauensquote 1960 noch bei 60 %, 2004 waren es weniger als 40 %, die anderen Vertrauen entgegengerichtet haben. Hohe Einkommens- und Statusunterschiede sind potenziell trennende Faktoren, weil man Freunde vorwiegend unter seinesgleichen sucht. Je weiter sich die Einkommen auseinanderentwickeln, desto schmaler wird das Segment für Freundschaften, und damit schwindet auch das Vertrauen, weil man Angehörige anderer Statusgruppen nicht näher kennt.

Gewalt und Anomie

Geringer Zusammenhalt und schwindendes Vertrauen sind der Nährboden für Gewalt und Kriminalität. Die Mordrate liegt in den USA mit 64 pro einer Million Einwohner mehr als zwölfmal höher als in Japan mit nur 5,2 pro eine Million. Japan weist unter den Industrieländern die geringste Einkommensungleichheit auf, die USA haben dagegen eine sehr hohe Ungleichheit. Dieser Unterschied kann nicht allein mit lockeren Waffengesetzen erklärt werden. In Finnland, dem Land mit der weltweit höchsten Anzahl von Haushalten, in denen Waffen vorgehalten werden, ist die Mordrate weniger als halb so hoch wie in den USA. Finnland zählt ebenso wie Japan zu den Ländern mit geringeren Einkommensunterschieden.

Gewalttaten sind der Versuch, ein Gefühl der Erniedrigung oder der Schande abzuwehren oder zu tilgen. Besonders gewalttätig sind junge Männer aus unteren sozialen Schichten, die keine Statussymbole aufweisen können und deswegen umso heftiger auf drohenden Gesichtsverlust reagieren. Die Jugendunruhen in London und anderen britischen Städten können als Beleg hierfür gelten.



Als weitere Erklärung kann die Anomietheorie (Anomie = Regellosigkeit) des amerikanischen Soziologen Richard Merton herangezogen werden. Seine schon in den 30er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts entwickelte Theorie besagt: Wenn in einer Gesellschaft kulturelle Werte wie „Erfolg“ und „Wohlstand“ vorherrschen, die Sozialstruktur, d. h. die Verteilung der legitimen Mittel, finanziellen Wohlstand zu erlangen, aber sehr ungleich ist, dann entsteht bei den benachteiligten Mitgliedern der Gesellschaft abweichendes, kriminelles Verhalten.

In einkommensungleicheren Gesellschaften ist zudem die soziale Mobilität geringer als in gleicheren. Wenn Aufstiegschancen fehlen, schwinden zusätzlich legitime Mittel und Wege, um Wohlstand und Anerkennung zu erlangen.

Fazit

Eine Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede durch eine Vermögensabgabe, Wiedereinführung von Vermögenssteuern und höhere Besteuerung hoher Einkommen sind deswegen eine wirkungsvollere Prophylaxe von Gewalt und Kriminalität als der Ausbau des Polizeiapparates und noch mehr Überwachung der Bürgerinnen und Bürger. Werden die Unterschiede verringert, wachsen sozialer Zusammenhalt und Vertrauen und erhöhen die Sicherheit.

(Attac AG Soziale Sicherungssysteme im Mai 2013)

